

Wirtschaftssenator fordert von Bundesregierung „Masterplan Offshore“

VON GÜNTHER HÖRBST

Bremen. Wer hat Schuld an der aktuellen Verzögerung bei der Energiewende? Derzeit schieben sich wie berichtet Energieversorger, Netzbetreiber und Politiker den Schwarzen Peter gegenseitig zu. Die Energieexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wundert sich seit geraumer Zeit über die Diskussion. Vor allem die Klagen der Beteiligten an den Offshore-Windparkprojekten im Nordwesten kann sie nicht wirklich nachvollziehen. „In anderen Ländern wurden solche Windparks auch gebaut und angebunden“, sagt sie. „Und da hat es ziemlich gut funktioniert.“

Sie vermutet vielmehr, dass die großen Energiekonzerne wegen des Zeitdrucks,

der durch den Atomausstieg für die Energiewende entstanden ist, der Politik weitere Zugeständnisse abringen wollen. „Die Energiewende scheint mir von dem einen oder anderen Unternehmen als Druckmittel benutzt zu werden, eigene Interessen zu befördern“, sagt Kemfert.

Sie sieht allerdings auch ein gravierendes Versäumnis auf Seiten der Politik. „Wenn es offenbar beim Netzausbau und dem Anschluss der Windparks hapert, dann muss sich die Politik doch die Frage stellen, warum es das tut“, sagt die Energie-Expertin. „Nötig ist also eine zentrale Clearingstelle, die transparent macht, ob die Klagen der Netzbetreiber zu Recht vorgebracht werden oder nicht.“ Kemfert fordert seit Jahren ein eigenes Energieministerium mit klarer Kompetenz für die Energie-

wende. Zumindest aber, fordert sie, müsse es einen zentralen Koordinator samt angeschlossenen Kompetenzteam geben, der die Fehlentwicklungen bei der Energiewende untersucht und nötigenfalls korrigiert.

Bremens Wirtschaftssenator Martin Günthner (beide SPD) geht noch einen Schritt weiter. Er wirft der Bundesregierung Untätigkeit bei der Offshore-Windenergie vor. „Die Bundesregierung hat bis Sommer 2011 einen Masterplan Offshore angekündigt“, sagte er dieser Zeitung. „Bis heute ist nichts passiert. Die Regierung ist jetzt am Zug, die vollmundig angekündigten Ziele, Prioritäten, Zeitpläne und den erforderli-



Claudia Kemfert

FOTO: INGO MÖLLERS

chen Finanzrahmen dazu vorzulegen.“

Energieexpertin Kemfert hält das Thema Offshore-Windenergie im Zusammenhang mit der Energiewende für überbewertet. „Sie sind natürlich im Gesamtkonzept wichtig“, sagt sie. „Aber in Süddeutschland geht durch die fehlenden Reaktoren in den kommenden zehn Jahren rund 60 Prozent des produzierten Stroms vom Netz. Das Thema Windparks an Land wird deshalb deutlich an Bedeutung gewinnen.“

Davon ist auch der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) überzeugt. „Wenn die großen Energiekonzerne nicht jahrelang die Energiewende verhindert hätten,

gäbe es heute viel mehr inländische Windparks, sodass auf einen Großteil der neuen Stromtrassen verzichtet werden könnte“, sagt BUND-Chef Klaus Prietzel. Er wirft den Energiekonzernen „energiepolitische Heuchelei“ vor und fordert „statt Offshore-Panik eine echte Energiewende“.

Nach Ansicht des Verbandes könnten an vielen Abschnitten entlang der Nordsüdautobahn A7 von Flensburg nach Füssen ohne größere zusätzliche Umweltbeeinträchtigungen Windkraftanlagen aufgestellt werden. „Man könnte aus der A7 eine Energieallee machen, hinter der sich kein Offshore-Park verstecken muss“, sagt Prietzel. Zusammen mit Energiespeichern, einer intelligenteren Netzsteuerung und Strom aus Sonne und Biomasse könne das die Energiewende entscheidend voranbringen.